



BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

Büro für Sicherheitspolitik

Interne Information
zur Sicherheitspolitik
Nr. 18

Erich Reiter
Ursula Sedlaczek

Massenvernichtungswaffen im Vormarsch

JULI
2003

Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter, geboren 1944 in Fürstenfeld (Steiermark), ist Beauftragter für Strategische Studien des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Leiter des Büros für Sicherheitspolitik in Wien sowie Honorarprofessor an der Karl-Franzens-Universität Graz.

Mag. Ursula Sedlaczek, geboren 1965 in Wien, ist wissenschaftliche Assistentin des Beauftragten für Strategische Studien des Bundesministeriums für Landesverteidigung.

Impressum

Herausgeber: Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Für den Inhalt verantwortlich und Redaktion:

Mag. Walter Matyas

Eigentümer, Verleger und Hersteller: Büro für Sicherheitspolitik
des Bundesministeriums für Landesverteidigung

Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Tel. (+43-1) 5200/27000, Fax (+43-1) 5200/17068

Gestaltung: Doris Washiedl

Vervielfältigung: Vzlt Johann Jakob

Druck- und Reprintstelle der Landesverteidigungsakademie Wien

In dieser Information wurden verschiedene zugängliche Quellen beziehungsweise Schätzungen über den Stand von Forschung, Entwicklung, Produktion und Besitz von Massenvernichtungswaffen ausgewertet und bewertet.

Daraus geht hervor, dass 35 Länder Massenvernichtungswaffen besitzen, herstellen beziehungsweise entwickeln oder die Fähigkeit zur Entwicklung und Produktion besitzen.

Die USA, Russland, Indien, vermutlich Nordkorea und China besitzen nukleare, biologische und chemische Waffen. Eine Reihe weiterer Länder verfügt über zumindest zwei Arten von Massenvernichtungswaffen, also entweder Nuklearwaffen und biologische Waffen, Nuklearwaffen und chemische Waffen oder biologische und chemische Waffen.

Ausgewertete Quellen:

- Arms Control Association <<http://www.armscontrol.org>>
- Chemical and Biological Arms Control Institute (CBACI) <<http://www.cbaci.org>>
- Center for Defense Information (CDI) <<http://www.cdi.org/issues/nuke&f/database/startab.html>>
- Carnegie Endowment for International Peace (CEIP) <<http://www.ceip.org>>
- Center for Nonproliferation Studies of the Monterey Institute of International Studies (CNS) <<http://cns.miis.edu/research/cbw/possess.htm>>
- Federation of American Scientists (FAS) <http://fas.org/irp/threat/wmd_state.htm>
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. September 2002.
- GlobalSecurity.org <<http://www.globalsecurity.org/military.htm>>
- The Military Balance 2002/2003. Hg. vom International Institute for Strategic Studies. Oxford 2002.
- Neue Zürcher Zeitung, 11. Februar 2003 und 10/11. Mai 2003.
- Nuclear Notebook 2001 (Bulletin of the Atomic Scientists) <www.thebulletin.org/issues/nukenotes/nukenote.html>
- SIPRI Yearbook 2002. Hg. vom Stockholm International Peace Research Institute. Oxford 2001.
- United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR) <<http://www.unidir.org>>

Länder	A-Waffen	B-Waffen	C-Waffen
Ägypten		W	AP/W
Algerien	M 1)	AP	M
Äthiopien			W
Bosnien-Herzegowina			D/Z
Brasilien	AP 2)		
Chile			M
China	D	APP/W	APP/D
Deutschland		IP	IP
Frankreich	D	IP	IP
Großbritannien	D		IP
Indien	D	AP	AP/D
Indonesien			M
Irak	3)	IP	IP
Iran	W 4)	W	AP
Israel	S 5)	AP/M	AP/W
Italien			IP
Japan	M 6)	IP	IP
Kanada		IP	IP
Kasachstan	Z		
Kuba		W	M
Laos		M	M
Libyen	M 4)	APP	APP
Myanmar			W
Nordkorea	W 7)	APP	AP/W
Pakistan	D	M	W
Rumänien	IP		
Russland	D	APP 8)	AP/D/Z 9)
Serbien			W
Südafrika	IP	IP	IP
Sudan		M	M
Südkorea			IP/Z
Syrien		APP	APP/D
Taiwan		W	M
Thailand			V
Ukraine	Z		
Vereinigte Staaten von Amerika	D	APP 8)	IP/D/Z
Vietnam			M
Weißrussland	Z		

Legende:

AP: aktives Programm für Forschung und Entwicklung

APP: aktives Programm für Forschung, Entwicklung und Produktion

D: offiziell deklariert

IP: inaktives Programm – beendet

M: möglich

S: A-Waffen gelten als gesichert; keine offizielle Deklaration

W: wahrscheinlich

Z: Besitz zerstört

Anmerkungen:

1) FAS: 1991 verdächtigte die USA Algerien ein nukleares Waffenprogramm mit Hilfe der chinesischen Regierung zu entwickeln. 1995 trat Algerien dem NPT bei und erlaubte Inspektionen der IAEA. Diese entdeckten u.a. 3 Kilogramm angereichertes Uran.

2) Nach FAS gibt es einen Plutonium-produzierenden Reaktor („Atlantik-Projekt“), mit dem man die Möglichkeit hätte, waffenfähiges Plutonium zu produzieren.

3) Über ein konkretes A-Waffen-Programm konnte bislang kein Nachweis erbracht werden.

4) Libyen, Nordkorea und der Iran werden von CEIP als „High-Risk-States“ geführt, die in einigen Jahren die Fähigkeit zur Herstellung von Atomwaffen haben könnten, oder wie Nordkorea und der Iran vielleicht schon haben.

5) Israel hat sich nie offiziell zu einem Nuklearstaat erklärt, wird aber als „De-facto-Nuklearmacht“ bezeichnet.

6) Japan hätte die Technologie und die finanziellen Mittel, um Atomwaffen in kürzester Zeit erzeugen zu können. Ob Japan von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wird, hängt von der politischen Situation und der Bedrohungseinschätzung ab.

7) Nordkorea behauptet, bereits A-Waffen zu besitzen. Experten sind sich nicht einig, ob das stimmt oder eine taktische Behauptung darstellt. Die Fähigkeit zu Herstellung von A-Waffen scheint jedenfalls gegeben zu sein.

8) Russland und die USA bekennen sich im Bereich der B-Waffen-Programme zu „Biodefense-Research“.

9) Moskau hatte im April 2003 die Vernichtung von 400 Tonnen C-Waffen angekündigt, 2002 bereits 20% seiner Bestände vernichtet, jetzt aber kommt es zu Verzögerungen bei der weiteren Vernichtung des noch bestehenden C-Waffen-Arsenals.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass es in den Quellen große Unterschiede in der Bewertung des Besitzes und des Status von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen für chemische und biologische Waffen gibt.

Besonders im Bereich chemischer Kampfmittel ist zu erwähnen, dass die Chemiewaffenkonvention (CWC, 1997 in Kraft getreten) zwar einen der bedeutendsten multilateralen Abrüstungsverträge darstellt, aber es ist anzunehmen, dass mindestens zwei Dutzend Staaten immer noch an aktiven C-Waffen-Programmen arbeiten. (Laut CIA und der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde betreiben 16 Staaten aktive C-Waffen-Programme und 12 Staaten verfolgen offensive B-Waffen-Programme.)

Die Ratifikation der CWC führt nicht immer zur Einstellung der betroffenen Programme. Staaten wie Nordkorea, Libyen, Israel, Ägypten, Syrien und viele Staaten des afrikanischen Kontinents sind bis jetzt dem Vertrag über das Verbot von Produktion, Lagerung, Verbreitung und Anwendung chemischer Waffen ferngeblieben. Die USA, Russland, Italien, Indien, Großbritannien, Frankreich, der Iran, Südkorea und China verfügen über Industrien mit chemischen Produktionskapazitäten. Indien und China verweigern Inspektionen; es wird vermutet, dass diese Länder angesichts ihrer Größe gar keinen Überblick über ihre chemischen Produktionskapazitäten besitzen.

Weiters geht die Entwicklung neuer C-Kampfstoffe weiter, diese müssten erst in die Liste der Verbote der CWC aufgenommen werden.

Interne Informationen zur Sicherheitspolitik – bisher erschienen:

- Nr. 1/2000 Brigitte Sob: Literaturverzeichnis zum Thema Österreich und die NATO
- Nr. 2/2000 Yixiang Zhuang: Überblick über die sicherheitspolitische Lageentwicklung in Nordostasien
- Nr. 3/2000 Erich Reiter: Leseproben zu den Themen: Russland und seine Probleme; Bosnien und Kosovo
- Nr. 4/2000 Martin Malek: Neue sicherheitspolitisch relevante Dokumente Russlands
- Nr. 5/2000 Brigitte Sob: Energiesicherheit in Südostasien
- Nr. 6/2000 Erich Reiter: National Missile Defense
- Nr. 7/2000 Georg Dox: Russland unter Präsident Putin
- Nr. 8/2000 Erwin A. Schmidl: „Im Tschechenpanzer nach Lyon“. Der tschechoslowakische Kriegsplan von 1964 und seine Relevanz für Österreich
- Nr. 9/2000 Erich Reiter: Zerfällt Indonesien?
- Nr. 10/2001 Johanna Rainio: Sicherheit im Wandel: Sicherheitspolitischer Stand und die Zukunftserwartungen im Ostseeraum aus finnischer Sicht
- Nr. 11/2001 Urs Schoettli: Aktuelle Sicherheitspolitische Herausforderungen in Ostasien
- Nr. 12/2001 Walter Blasi: Die Entwicklung der österreichischen Neutralität in den Jahren 1945 bis 1955 unter Berücksichtigung der Haltung der SPÖ und ÖVP
- Nr. 13/2002 Maria Hadjipavlou: Developments in the Cyprus Conflict: A Conflict Resolution Perspective
- Nr. 14/2002 Eric Gujer: Die neue Rolle Deutschlands
- Nr. 15/2003 Peter Hazdra: Österreichs Beteiligungen an Internationalen Einsätzen. Rahmenbedingungen. – politische Hintergründe – Trends und Perspektiven
- Nr. 16/2003 Eevi Laukkanen: Keeping the (NATO-)Options Open. Observations on Finnish Domestic Discussion Surrounding the Issue of NATO Membership
- Nr. 17/2003 Erich Reiter, Ursula Sedlaczek: Staatsausgaben für die Verteidigung in Relation zu den Ausgaben für Bildung und Gesundheit sowie zu den Sozialausgaben